



Genug ist nicht genug (Fh 2016/3)

Im Sommer schrieben wir u.a. auch einen Brief an Frau Katja Dörner, stellvertretende Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, den wir hier abdrucken. Wir erhielten darauf keine Antwort. Aber am 3. September 2016 veröffentlichte Frau Dörner zusammen mit ihrem Kollegen Volker Beck, der seit 1994 für die Grünen im Bundestag sitzt und bekennender Schwuler ist, ein Papier: „Wahlfreiheit und Gleichberechtigung – Für die Anerkennung und angemessenen Schutz der vielfältigen Formen des Zusammenlebens“.¹⁾ Überschrift und Einleitung dieses Textes lesen sich ansatzweise wie ein positives Echo auf unser Anschreiben. Je länger man aber liest, desto klarer wird: das ist nur der Aufhänger für lange bekannte Positionen und weitergehende Forderungen zu Akzeptanz und Förderung aller von der Heterosexualität abweichenden Lebensgemeinschaften. „Normaleltern“ (im Sinne von Mehrheit) sind nicht gemeint.

Sehr geehrte Frau Dörner,

ich nehme Bezug auf Ihren Beitrag „Die grüne Zeitpolitik – #allesuntereinenHut“ in der Zeitschrift profil grün, Ausgabe Mai/Juni 2016. Es ist sicherlich so, und so auch ganz in Ordnung, dass Jede und Jeder eine persönliche Sicht auf unsere pluralistische Gesellschaft hat und im politischen Raum Mehrheiten sucht, sobald Teilhabe und Mitgestaltung angestrebt werden.

Eines der Themen, bei dem die Sichtweisen in den letzten Jahren besonders auseinanderdriften, ist zweifellos die Familienpolitik, bei der nach unserer Beobachtung außer der CDU besonders die Bündnisgrünen ihre ursprünglichen Überzeugungen „weiterentwickelt“ haben, weg von der Idee, Bewährtes bzw. Naturgegebenes schützen und erhalten zu wollen, hin zu einer nicht weiter hinterfragbaren Fortschrittlichkeit und Modernität.

Um nicht vermeidbar weitschweifig zu werden, erlauben Sie mir bitte, hier folgend einige Fragen zu formulieren, die auf keinen Fall als böseartig provozierend aufgefasst werden sollen:

- Wie kann es sein, dass der gültig eingeführte Sprachgebrauch unter 'Familien'politik zuvörderst die Optimierung der Familiensatzinstitutionen versteht? Dass die Förderung der Familie nicht darin besteht, deren Zusammenhalt und die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz zu fördern, sondern darin, durch massiven Einsatz von Steuergeldern für außerhäusliche Kinderbetreuungsangebote die Trennung der Eltern von ihren Kindern (und umgekehrt) zu betreiben? Dass Bestrebungen, zumindest beim Einsatz der Fördergelder für die selbst betreuenden Eltern Gleichberechtigung zu gewähren, vehement bekämpft werden (Betreuungsgeldstreit)?*
- Wie kann es sein, dass ausgerechnet die Bündnisgrünen, die jedes Geschöpf dieser Erde seiner Art gemäß geschützt und gehalten sehen möchten, sich für eine Politik stark machen, die es dem menschlichen Säugling („Tragling“) verwehrt, sich zunächst und hinreichend in seiner Herkunftsfamilie zu verwurzeln? Dass die Warnungen der Wissenschaftler, die eine feste emotionale Bindung des Kindes vorzugsweise an seine stillende Mutter zur Grundlage für Bildung erklären, in den Wind geschlagen werden?*
- Wie kann es sein, dass im Zeichen des Gender-Mainstreams die ursprünglich wohl beabsichtigte Gleichberechtigung der Geschlechter sich heute lediglich als deren Gleichschaltung in der*



Erwerbsarbeitswelt darstellt? Dass das Recht auf Nichtdiskriminierung eines jeden, je nach persönlicher Begabung und Neigung frei gewählten, Lebensentwurfs nur für die von der Heterosexualität abweichenden Lebensweisen erkämpft, den Müttern aber verweigert wird? Dass glauben gemacht wird, es sei der Idee der Gleichberechtigung Genüge getan, sobald in den Familien die Väter in die Rolle derer schlüpfen, die um Gotteslohn die Rentenzahler der nächsten Generation aufziehen – bei mit der Kinderzahl steigendem Risiko eigener Altersarmut?

- *Wie kann es sein, dass die Idee und alle neuen Modelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer nur die dahinterstehende Überzeugung kaschieren, Familie sei ein Klotz am Bein des emanzipierten Menschen? Dass ein Elterngeld nicht die Leistung der elterlichen Kindererziehung zum Maß nimmt, sondern als Lohnersatz, das heißt als Schadensersatz wegen Geburt eines Kindes konzipiert ist? (Sollte dem Staat nicht jedes Kind gleich viel wert sein? Oder sind besserer Leute Kinder mehr wert? So, wie Herr Sarrazin meint? Dieses Elterngeldgesetz ist aus Sicht des Verbands Familienarbeit e.V. nicht reformierbar, weil es nichts Richtiges im Falschen geben kann!) Dass nicht eingesehen wird, dass die immer wieder behauptete Gleichwertigkeit von Familien- bzw. Erwerbsarbeit nur dann greifen kann, wenn beide in der Berechnung des Bruttoinlandsproduktes ihrer gesellschaftlichen Relevanz entsprechend gewertet und die Familienarbeit entsprechend bezahlt wird? Dass nur so die Wahlfreiheit entsteht, die das Gender-Mainstreaming ursprünglich hoffentlich meinte: Frauen sind gleich zu berechtigen, auch dann, wenn sie Mütter sind und sein wollen?*
- *Oder ist es so, dass die Bündnisgrünen noch der Marx'schen Idee anhängen, Familie sei schädlich für die Gesellschaft? Dass Mutterschaft ein Gefängnis sei, das die Gleichberechtigung verhindere? Sollte eine moderne Frauen- und Familienpolitik nicht dafür kämpfen, dass Mütterlichkeit in den Anspruch auf Gleichberechtigung hineingenommen wird, anstatt sie eliminieren zu wollen?*

In der Hoffnung, Sie mit meinen Fragen nicht geärgert, sondern als Gesprächspartnerin auf Augenhöhe gewonnen zu haben, bin ich mit freundlichen Grüßen

Gertrud Martin
Verband Familienarbeit e.V.

Fußnoten:

- 1) <http://www.gruen-links-denken.de/2016/wahlfreiheit-und-gleichberechtigung>